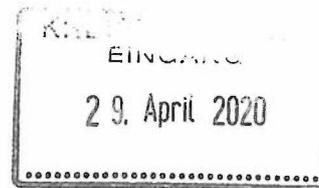


Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
im Hause

nachrichtlich
Fraktionen



29.04.2020

Offener Brief an Landrat Sebastian Schuster

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

mit Verwunderung haben wir in der Berichterstattung von Radio Bonn/Rhein-Sieg und dem General-Anzeiger zur Kenntnis genommen, dass Sie planen das Abstrichzentrum in Hennef vorübergehend zu schließen und es zudem noch immer keinen flächendeckenden Routinetest in den Alten- und Pflegeeinrichtungen im Rhein-Sieg-Kreis gibt. Als gewählte Mandatsträger*innen des Rhein-Sieg-Kreises hätten wir uns hier eine direkte Kommunikation gewünscht und keine, die uns über die Medien erreicht.

Auch in der Sache müssen wir Ihrem Handeln deutlich widersprechen und fordern Sie auf die geplante Schließung des Abstrichzentrums Hennef zurückzunehmen und stattdessen die vorhandenen Testkapazitäten vollständig auszunutzen. Wir sollten als Kreis besonders die Menschen gerade aus kontaktreichen Berufen wie Einzelhandel, Nahverkehr, Pflege, Medizin, Schule und KiTa ermutigen sich testen zu lassen. Ob dies in einem der bestehenden Abstrichzentren erfolgt, oder durch die Einrichtung von mehreren mobilen Abstrichteams ist hierbei noch zu entscheiden.

Bereits vor Wochen hatten wir als SPD flächendeckende Vorsorge-Tests für Beschäftigte und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie für die mobilen Pflegedienste gefordert. Zum damaligen Zeitpunkt erteilten Sie diesem eine Absage. Zwischenzeitlich hat sich die Meinung des Rhein-Sieg-Kreises erfreulicher Weise geändert. Allerdings – so entnehmen wir es dem Bericht des General-Anzeigers vom 29. April 2020 ist dieser Routinetest noch nicht gestartet. Sie werden mit der Aussage zitiert „Es gibt nun Verhandlungen auf Landesebene“ bezogen auf den Kostenträger. Nach einschlägiger Beurteilung von Virologen und Epidemiologen sind jedoch gerade eine hohe Anzahl an durchzuführenden Tests ein wichtiger Baustein bei der Bekämpfung des Corona-Virus. Wir können daher nicht nachvollziehen, warum Sie hier zögern und nicht endlich loslegen.

Die Kostenfrage zwischen Krankenkassen, dem Land und dem Kreis wird sich sicherlich klären lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen jedoch von uns erwarten, dass wir zu ihrem Schutz handeln und nicht auf Zuständigkeiten verweisen. Wir sind sicher, dass Ihnen die Kreispolitik hierfür auch den Rücken stärken würden.

Die SPD – Kreistagsfraktion bittet Sie entsprechende Maßnahmen kurzfristig zu veranlassen. Sollten Sie bei ihrer anderen Auffassung bleiben, so beantragen wir die Punkte zum Gegenstand der nächsten Kreisausschusssitzung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Tandler, Ute Krupp, Denis Waldästl
f. d. R.

C. Engler